

Rathaus-Seiten

Eine Beilage der SPD-Fraktion Wiesbaden · März 2012

SPD

www.spd-fraktion-wiesbaden.de



2 Die Horst Schmidt Kliniken bekommen einen Partner



3 Die Betreuung von Kindern wird ganz erheblich ausgebaut



4 Bürger werden zu Rhein-Main-Hallen befragt

Mehr günstige Wohnungen

SPD ruft 50-Millionen-Euro-Programm ins Leben / Magistrat erarbeitet Konzept

Preiswerter Wohnraum in Wiesbaden ist knapp. In der Stadt fehlen zurzeit mehr als 4000 Wohnungen, darunter etwa 2000 Sozialwohnungen. Im Jahr 2010 wurden 930 Sozialwohnungen neu vermietet, in der Kartei der städtischen Wohnungsvermittlung stehen rund 2900 Wiesbadener mit Anspruch auf eine Sozialwohnung als wohnungssuchend. Laut einer Studie des hessischen Wirtschaftsministeriums werden in Wiesbaden weniger Neubauten als im Landesdurchschnitt errichtet.

Der Mietmarkt wird in den kommenden Jahren weiter unter Druck geraten: Durch den Zuzug von 4000 US-Soldaten und ihren Angehörigen wird die Nachfrage nach Wohnungen spürbar steigen. Dieser Druck wird mittel- bis langfristig noch zunehmen. Aus allen demographischen Untersuchungen ist ersichtlich, dass Wiesbaden weiter wachsen wird. Die Schaffung von Wohnraum ist daher eines der vordringlichsten politischen Ziele der nächsten Jahre.

Längst geht es dabei nicht mehr nur um den „klassischen“ sozialen Wohnungsbau. So beziehen in Wiesbaden rund 2000

Geförderter Wohnungsbau:

In Wiesbaden gibt es rund 2900 Haushalte, die eine Berechtigung für eine noch nicht verfügbare Sozialwohnung haben. Sozialdezernent Axel Imholz (SPD) geht davon aus, dass rechnerisch insgesamt etwa 4000 Wohnungen zur angemessenen Versorgung der Wiesbadener Haushalte fehlen. Noch Anfang der 90er Jahre habe es in Wiesbaden rund 25.000 sozial gebundene Wohnungen gegeben, bis 2020 sollen es noch 7800 sein. Ende des vergangenen Jahres belief sich die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen in der Landeshauptstadt auf 9700.



In Wiesbaden fehlen zurzeit rund 4000 günstige Wohnungen. Die Koalition möchte deshalb mehr Häuser mit bezahlbaren Wohnungen, wie hier in der Carl-von-Linde-Straße, bauen lassen.

Haushalte – darunter viele Familien mit Kindern – Wohngeld, obwohl sie ein mittleres oder gutes Einkommen haben. Weitere 10.000 Haushalte liegen knapp über den Bezugsgrenzen. Wiesbaden wird im Wettbewerb der Städte des Rhein-Main-Gebietes nur bestehen können, wenn junge Familien bezahlbare Wohnungen finden. Auch die finanziellen Fakten sprechen für dieses Ziel: Wiesbaden wendet jährlich 80 Millionen Euro aus eigenen Mitteln für Mietzuschüsse nach den verschiedenen Sozialleistungen auf. Wenn es gelänge, die durchschnittliche Existenzsicherungsquote in der Stadt beträgt zwölf Prozent der Einwohner. Dieser Durchschnittswert kommt in den einzelnen Stadtteilen aber kaum vor. In Frauenstein etwa leben knapp zwei Prozent der Bezieher von

Existenzsicherungsleistungen, im Schelmengraben sind es mehr als 30 Prozent.

Auf Anregung der SPD hat die Koalition das Ziel formuliert, in den kommenden fünf Jahren 50 Millionen Euro in die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu investieren. Das Ziel: Wohnraum schaffen und gleichzeitig die Konzentration von Bürgern mit kleinen Einkommen zu verhindern. Der Weg: Bei jedem Neubauprojekt im Geschosswohnungsbau müssen auch preisgebundene Wohnungen entstehen. Weiter könnten Belegungsrechte gesichert werden.

Neue Gebiete entwickeln

Um den zusätzlichen Bedarf zu decken, werden aber zwingend neue Wohnungen gebraucht, vor allem preiswerte Wohnungen. Neben der Sicherung von Belegungsrechten und der Schließung von innerstädtischen Baulücken wird es dabei auch um die Entwicklung neuer Wohngebiete gehen. Die neue Stadtentwicklungsdezernentin Sigrid Möricke (SPD) hat daher die Frage

der Flächenentwicklung zur Chefsache gemacht und im Herbst eine Arbeitsgruppe zur Flächenentwicklung geschaffen. Die gefundenen Flächen sollen sowohl privaten, als auch gemeinnützigen Wohnungsbauträgern und Investoren angeboten werden. Eine Stabsstelle für bezahlbaren Wohnraum wird die Arbeit der städtischen Wohnungsbaugesellschaften koordinieren und auch bei privaten Trägern für den Bau preisgünstiger Wohnungen werben. Die Stadtverordnetenversammlung hat für dieses Projekt auf Initiative der SPD im Februar die Weichen gestellt. Der Magistrat wurde gebeten, bis Herbst 2012 ein Konzept zur Umsetzung des 50 Millionen-Euro-Programms zu entwickeln. Zusätzlich soll der Magistrat dafür sorgen, dass bei allen mehrgeschossigen Neubauten – sowohl in kommunaler als auch privater Trägerschaft – eine Mindest-Quote von 15 Prozent preisgebundener Wohnungen entsteht. Im Ergebnis soll das Mietpreisniveau stabilisiert, im Idealfall sogar gesenkt werden.



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

„Soziale Stadt – nur mit uns“, haben wir im Wahlkampf plakatiert. Nach der Gebührenerhöhung im Dezember werden wir nun gefragt, ob wir das gerecht finden: Eltern müssen mehr zahlen, aber gleichzeitig fallen Zuschüsse für das vorletzte und letzte Kindergartenjahr weg. Den Ärger können wir verstehen. Die Erhöhung ist nicht die ideale Lösung, aber die momentan beste. Bildung muss nach unserer Auffassung von Anfang an kostenfrei sein, wie etwa in Rheinland-Pfalz. Hessen beteiligt sich völlig unzureichend an Betreuungskosten. Deshalb haben vergleichbare Städte weitaus höhere Gebühren als Wiesbaden. Den von vielen Eltern geforderten Ausbau der Krippenplätze und ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Grundschulkinder können wir nur schaffen, wenn Eltern einen Beitrag leisten. Deshalb haben wir die Gebühren erhöht. Die finanzielle Mehrbelastung fällt Familien nicht leicht. Aber Betreuungsplatzausbau und Beitragserhöhung sind zwei Seiten derselben Medaille. Profitieren werden vor allem jene, die bisher verzweifelt nach einem Platz gesucht haben und bisher keine Chance hatten, dass ihr Kind berücksichtigt wird. Für die SPD ist soziale Gerechtigkeit der Maßstab des politischen Handelns. Die von vielen Eltern gewünschte Erhöhung der Betreuungsplätze ist eine gerechtfertigte Forderung. Diesen Wunsch werden wir erfüllen.

Ihr Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender

Zukunft für HSK

SPD fällt Zustimmung für privaten Klinik-Partner nicht leicht

Am 16. Juni 2011 hat das Stadtparlament beschlossen, dass der Magistrat einen strategischen Partner für die Dr. Horst Schmidt Kliniken suchen soll. Dieser potenzielle Partner sollte langfristig für die Fortführung der guten medizinischen und pflegerischen Leistungen eintreten und dabei auch den wirtschaftlichen Erfolg des Krankenhauses sichern.

Am 9. Februar dieses Jahres wurde – gleichfalls in der Stadtverordnetenversammlung – dem Einstieg der Rhön Klinikum AG mit 49 Prozent an der HSK zugestimmt. In nicht einmal acht Monaten hatte der von der SPD gestellte Bürgermeister und Klinikdezernent Arno Goßmann ein nach eigenen Worten „gutes Ergebnis für die Stadt“ präsentieren können.

„Sie können mir glauben“, sagte Arno Goßmann in seiner Rede im Stadtparlament am 9. Februar, „dass ich als Person und als Sozialdemokrat nicht derjenige bin, der einem Teilverkauf der HSK leichten Herzens zugestimmt hätte, der nichts eiligeres zu tun hatte, als einen Partner mit ins Boot zu holen.“

Schließlich hatte sich die SPD noch in ihrem Wahlprogramm zur kommunalen Trägerschaft

der HSK bekannt und die Zukunft lieber im Verbund kommunaler Kliniken gesehen als mit einem privaten Partner.

Doch die SPD-Rathausfraktion musste – nachdem Arno Goßmann zum 1. Juli 2011 auch das Klinikdezernat übernommen hatte – feststellen, dass die Schulden der Kliniken mit derzeit über 100 Millionen Euro ins Bodenlose zu fallen drohten. Aus eigener Kraft sind die HSK, die heute noch wie eh und je hervorragende medizinische und pflegerische Leistungen bieten, wirtschaftlich nicht zu retten. „Es ist bedauerlich, dass man es seitens der Stadt und auch der Geschäftsführung so weit hat kommen lassen“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Belz. „Wir wären gerne in der Verantwortung gestanden, als es noch Möglichkeiten gab, eine Kehrtwende für die Kliniken in städtischer Regie zu schaffen, aber damals waren leider andere am Zug.“ Und Goßmann ergänzt: „Die Lage wurde Monat für Monat bedrohlicher, es musste gehandelt werden.“

In dem Prozess, der zwischen August und Dezember ablief, wurde der Bewerberkreis für eine Partnerschaft mit den HSK immer weiter eingengt. Leider war, so aus Sicht der SPD-Fraktion, das Angebot des kommunalen Bieters, der Gesundheit Nordhessen, die das Klinikum Kassel betreibt, nicht konkurrenzfähig. „Gerne wären wir eine kommunale Partnerschaft eingegangen“, erläutert Gesundheitsexperte Belz, „aber die Angebote waren nicht vergleichbar.“ Schließlich lagen der Stadt drei zuschlagfähige – die Ausschreibungskriterien erfüllende – Angebote vor. Nach letzten Verhandlungen kurz vor Jahreswechsel wurden diese verfeinert und notariell beurkundet, danach von Klinikdezernent Goßmann und seinem Team geprüft.

Insgesamt verpflichtet sich der künftige Partner dazu, Schulden der HSK von bis zu 110 Millionen Euro zu übernehmen – ein auch für den städtischen Haushalt wichtiges Ergebnis. Außerdem will die Rhön Klinikum AG einen Neubau vorantreiben beziehungsweise eine Sanierung der alten Kliniken in Angriff nehmen.

Das Engagement des künftigen Partners wird auf mehr als rund 300 Millionen Euro geschätzt. Dafür hat der Partner künftig auch das Sagen, wenn es um die Betriebsführung des Krankenhauses geht. Auch in der Gesellschafterversammlung verfügt Rhön über die Mehrheit der Stimmen. Allerdings ist vertraglich festgehalten, dass alle wichtigen strategischen Entscheidungen für die Zukunft der Dr. Horst Schmidt Kliniken einstimmig – also mit dem Einverständnis der Stadt – gefällt werden müssen.

„Das Ergebnis sichert die hochwertige Medizin und Pflege, zeigt eine wirtschaftliche Perspektive auf und gibt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sicherheit, die sie viele Jahre nicht hatten. Ich denke, wir haben anständig verhandelt“, bewertet Klinikdezernent Goßmann den Prozess.



Die Horst Schmidt Kliniken sollen mit einem privaten Partner in eine wirtschaftlich sicherere Zukunft starten.

Rhön Klinikum AG: Der künftige HSK-Partner, die Rhön Klinikum AG, betreibt von seinem Stammsitz im fränkischen Bad Neustadt an der Saale aus rund 90 Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren. Etwa 39.000 Mitarbeiter arbeiten für die Aktiengesellschaft, einige davon bereits jetzt schon in Wiesbaden. Hier haben die von Rhön betriebene DKD aber auch die Aukammklinik ihren Sitz. Deutschlandweit wurden im Jahr 2011 mehr als 2,2 Millionen Patienten in einem der Häuser von Rhön behandelt.

Ergebnisse der Verhandlungen

- Die Rhön Klinikum AG übernimmt 49 Prozent der Anteile der Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH. Für Schuldentilgung, Kaufpreis, Neubau/Sanierung, Sozialfonds, Rückstellungen etc. werden dem Vernehmen nach im Gegenzug rund 300 Millionen Euro aufgewendet. Die wirtschaftliche Situation der HSK wird dauerhaft abgesichert.
- Die Erfüllung des medizinischen Versorgungsauftrages für Wiesbaden wird garantiert. Das medizinische Leistungs-

angebot der HSK und die medizinische Versorgung bleiben erhalten.

- Alle Entscheidungen müssen von Rhön und der Stadt einvernehmlich getroffen werden. Die Stadt hat „maßgeblichen Einfluss bei Strukturentscheidungen“. Rhön will einen Neubau errichten – oder das alte Gebäude sanieren. Solch ein Neubau könnte bis Ende 2017 stehen.

- Die Interessen der Arbeitnehmer sind und bleiben

gewahrt – die Arbeitsverträge ändern sich nicht, die Mitbestimmung bleibt erhalten, die Arbeitsplätze sind gesichert. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen bis zum 31. Dezember 2015 geben.

- Alle Grundstücke der Klinik bleiben im Besitz der Stadt Wiesbaden.

- Besetzung des Aufsichtsrates: acht Arbeitnehmer/innen, vier Vertreter von Rhön, vier Vertreter der Stadt. Diese stellt auch den Vorsitz.

Viele Umkleiden und Duschen sind marode

Funktionsgebäude an Sportanlagen müssen dringend saniert werden / Über Jahrzehnte vernachlässigt

Aus sportpolitischer Sicht hält die SPD-Fraktion die dauerhafte Sanierung von Funktionsgebäuden städtischer Sportanlagen für dringend notwendig.

„Wir setzen uns mit Nachdruck für eine Berücksichtigung im Doppelhaushalt 2012/13 ein. In Anbetracht der aktuellen

Haushaltslage erachten wir eine Gesamtsumme von 300.000 Euro als sinnvoll“, sagte Michael David, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Viele Funktionsgebäude, insbesondere Umkleidekabinen und Duschräume, seien über Jahrzehnte vernachlässigt worden und zum Teil in einem sehr

schlechten Zustand. Zudem führe die mehrfache Belegung diverser Sportanlagen zu einer Mehrfachnutzung der Funktionsgebäude, die ursprünglich nicht für eine solch hohe Auslastung geplant und gebaut wurden.

Stellvertretend für zahlreiche Beispiele in Wiesbaden und

AKK führt der sportpolitische Sprecher die Umkleideräume und Nasszellen an der Sportanlage Rheinhöhe in Biebrich oder die der Sportanlage in Amöneburg auf.

Häufig seien die Funktionsgebäude schlicht in die Jahre gekommen und entsprächen längst nicht mehr den heutigen

Anforderungen. Von Abnutzung betroffene Räume müssten schnellstmöglich saniert werden.

„Wiesbaden befindet sich auf dem Weg zur Sportstadt, in der moderne Sportanlagen durch moderne Funktionsgebäude ergänzt werden müssen“, erklärt David abschließend.

Betreuung wird ausgebaut

Mehr Krippenplätze in Wiesbaden sind das Ziel

Derzeit wird in den Medien regelmäßig über die vor Jahresfrist beschlossene Änderung der Kita-Gebührensatzung und den Protest davon betroffener Eltern berichtet. Dabei kommt leider viel zu kurz, dass gleichzeitig auf Initiative der SPD beschlossen worden ist, das Betreuungsangebot für unter Dreijährige deutlich auszubauen. Denn: Die SPD will jenen Eltern gerecht werden, die verzweifelt auf der Suche nach einem Krippenplatz sind.

Wie eine von der Stadt durchgeführte Elternbefragung ergeben hat, gibt es einen Betreuungsbedarf für jedes zweite Kind unter drei Jahren – derzeit aber ein Angebot für gerade einmal jedes vierte. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU hat die SPD daher einen massiven Krippenausbau auf den Weg gebracht. Die Kita-Gebühren wurden erhöht, um einen Teil der mit dem Ausbau der Kinderbetreuung entstehenden Kosten zu refinanzieren. Für die SPD gilt: Ausbau und Gebührenanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. Mit dem beschlossenen Ausbauprogramm wird als nächstes Etappenziel bis 2013 die dann bundesweit geltende Versorgungsquote von 35 Prozent übertroffen. Bis 2016 soll der ermittelte Bedarf von 48 Prozent voll abgedeckt werden.

Gerechtigkeit bedeutet nach Ansicht der SPD auch Bedarfs-



Die Betreuung von Mädchen und Jungen in der Landeshauptstadt wird erheblich ausgebaut. Die SPD/CDU-Koalition hat einen massiven Krippenausbau auf den Weg gebracht.

gerechtigkeit. Das heißt, es müssen ausreichend Plätze vorhanden sein. Es ist sicher nicht leicht, wenn Eltern höhere Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen müssen. Aber die SPD will, dass mehr Kinder betreut werden können und dazu bedarf es zunächst einer ausreichenden Anzahl an Betreuungsplätzen. Die kostenfreie – frühkindliche – Bildung ist ein anzustrebendes Ziel, aber wenn nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen, nützt es nichts, wenn die wenigen kostenfrei sind. Also hat die SPD die oberste Priorität auf den Ausbau gelegt. Gesellschaftliche Anstrengungen, wie der Ausbau einer guten Kinderbetreuung müssen von allen getragen wer-

den. Das werden sie auch in einem beitragsfreien – durch Steuern finanzierten – System, wie in Rheinland-Pfalz. Die schwarz-gelbe Landesregierung ist zu so einem Schritt nicht bereit. Die hessischen Kommunen stehen beim Ausbau alleine da.

Was man ebenfalls nicht vergessen darf: Auch mit der neuen Beitragsatzung liegt das Betreuungsentgelt in Wiesbaden im Durchschnitt vergleichbarer Städte. Hinzu kommt, dass das in Wiesbaden seit vielen Jahren bewährte System der Beitragsbezuschung für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen, der Beitragsreduzierung für Geschwister und der vollem Beitragsübernahme für Kinder

aus Familien mit SGB II und SGB XII-Bezug („Hartz IV“) beibehalten wird.

Unmut macht sich auch aufgrund der Neuregelung breit, dass der Halbtagsplatz kostenfrei ist. Der Koalition ging es darum ein einheitliches Beitragssystem zu schaffen. Es war ein politischer Kompromiss, um den Ausbau voran zu bringen. Das Beitragssystem soll gewährleisten, dass jedes Kind zumindest fünf Stunden täglich kostenfrei betreut werden kann. Die SPD versteht aber, dass dies vor allem berufstätige Eltern als ungerecht empfinden, die auf einen Ganztagsplatz angewiesen sind und wird diese Regelung daher einer genauen Prüfung unterziehen.

Nur wer sich einmischt, kann etwas bewegen



Von Annabelle Hoffmann und Ümran Tatarca

Fast genau ein Jahr ist es her, dass das neue Stadtparlament gewählt worden ist. Und in den vergangenen Monaten ist viel passiert – gerade auch für uns junge Stadtverordnete, die zum ersten Mal dabei sind. Wir haben kandidiert, weil wir die Stadt für kommende Generationen lebenswert gestalten und ein besseres Miteinander schaffen wollten. Jetzt sind wir dabei, das umzusetzen.

Vieles in der Fraktion und in der Arbeit als Stadtverordnete war neu und erfordert einen hohen zeitlichen Einsatz – aber spannend ist es im Rathaus immer. Endlich kann man einen Blick hinter die Kulissen werfen und kann so richtig mitmachen bei den Dingen, die für die Stadt und uns Wiesbadener wichtig sind.

Oft hört man den Vorwurf, dass die Politik „da im Rathaus“ doch nichts mit der Wirklichkeit der Bürger zu tun habe. Das ist falsch. Kommunalpolitik muss von Bürgern unserer Stadt – so wie uns – für Bürger gemacht werden. Und es ist wichtig, auch junge Leute in die Politik mit einzubinden. Wir wollen am politischen Geschehen teilhaben. Politik geht schließlich jeden etwas an.

In der alltäglichen politischen Arbeit fühlen wir uns von den erfahrenen Stadtverordneten unserer Fraktion gut eingebunden, informiert und unterstützt. Die anfängliche Unsicherheit hat sich schnell gelegt und ist teilweise schon einer ersten Routine gewichen.

Tatsächlich bedeutet Kommunalpolitik, sich mit Mut und Neugier für die eigene Stadt zu engagieren. Mut, weil man Verantwortung für die eigenen Entscheidungen trägt und Neugier, weil man sich stets in neue Themen einarbeiten muss. Aktiv an nachhaltigen Entscheidungen mitzuwirken und für die eigene Überzeugung einzutreten sind gute Gründe für so ein zeitaufwändiges Ehrenamt.

Politik ist für uns ein ganz wichtiger Pluspunkt im Leben. Denn nur wer sich einmischt, hat auch die Möglichkeit etwas zu bewegen.

Oberstufe mit Zukunft

Carl-von-Ossietzky-Schule darf nicht sterben / Großer Sanierungsbedarf

Die SPD will die Carl-von-Ossietzky-Schule erhalten. Mit allem Nachdruck hat die Rathausfraktion in den vergangenen Tagen und Wochen Pressemeldungen zurückgewiesen, nach denen das Oberstufengymnasium im Jahr 2015 schließen müsse und dann mit dem zweiten Oberstufengymnasium – der Martin-Niemöller-Schule – zusammengelegt werden sollte. Ganz eindeutig hat der Fraktionsvorsitzende Sven Gerich wiederholt klargestellt: „Die Ossietzky-Schule steht in ihrem Bestand nicht zur Diskussion“. Über Schulschließungen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung und dort wird es mit der SPD für ein solches Vorhaben keine Mehrheit geben.



Die Carl-von-Ossietzky-Schule soll als zweites Oberstufengymnasium erhalten bleiben.

Warum auch? Als Auswirkung aus G8 ist ein Ansteigen der Schülerzahlen an den Integrierten Gesamtschulen zu erwarten. Diese Mädchen und Jungen werden in den kommenden Jahren potenzielle Schüler der Oberstufengymnasien sein. Ihnen und den Absolventen von Realschulen eröffnet das Oberstufengymnasium

den Weg zu einem höheren Bildungsabschluss, zum Abitur oder der Fachhochschulreife. Ungeachtet der Einrichtung von neuen Oberstufen im Rheingau-Taunus-Kreis besteht also weiterhin der Bedarf für beide Oberstufengymnasien in Wiesbaden. Zudem kann die Ossietzky-Schule dank ihrer Jahrgangsbreite auch

Leistungskurse in Fächern wie Französisch, Kunst, Musik, Chemie, Physik oder Sport anbieten, was kleinen Oberstufen nicht möglich ist. Da an der Ossietzky-Schule, wie dem Schuldezernat seit Jahren bekannt ist, ein sehr großer Sanierungsbedarf besteht, hat sich die SPD-Rathausfraktion dafür ausgesprochen, im anstehenden Doppelhaushalt die notwendigen Mittel einzusetzen, um einen Neubau planerisch anzustoßen. „Klar ist“, so Helmut Nehrbaß, bisheriger Leiter der Ossietzky-Schule, „dass diese Schule an vorderer Stelle der Schulbau-Prioritätenliste berücksichtigt werden muss“. So wie es die Stadtverordnetenversammlung bereits im Februar 2011 gefordert habe.

Motor für die Wirtschaft

Bürger werden zu den Rhein-Main-Hallen befragt / Aussichtspunkt als Wahrzeichen?

Die Rhein-Main-Hallen (RMH) tragen wesentlich dazu bei, dass sich Wiesbaden als attraktiver Messe- und Kongressstandort positionieren kann. Sie sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und zeichnen sich für viele Arbeitsplätze in Gastronomie und Einzelhandel verantwortlich. Aus baulicher Sicht ist ein Neubau zwingend erforderlich. Die Hallen entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. So sind viele Hallenteile nur über Treppen verbunden. Auch die Böden und Decken können nicht die im heutigen Messengeschäft notwendigen Lasten aufnehmen. Aus brand-schutztechnischen Gründen können die Hallen nur noch bis Ende 2015 betrieben werden.

Suche eines Standorts

Als möglicher Ersatzstandort wurde zunächst das Areal aus Commerzbank und „Giraffenkäfig“ an der Wilhelmstraße untersucht. Eine erste Prüfung förderte jedoch schwerwiegende städtebauliche, denkmalschutzrechtliche und verkehrliche Probleme zu Tage. Auch würden alleine Kauf und Abriss des Commerzbankgebäudes über 30 Millionen Euro verschlingen. Auf Wunsch der SPD wurde die so genannte modifizierte Verschiebevariante – im Kern ein Neubau auf dem heutigen Ladehof der RMH – geprüft. Von dem ehemaligen Stadtentwicklungsdezernenten



Für die Rhein-Main-Hallen läuft Ende des Jahres 2015 die Betriebserlaubnis aus. Der mögliche neue Standort des Neubaus ist derzeit das große Thema in der Stadt.

Jörg Jordan (SPD) wurde zusätzlich noch die Idee eines Aussichtspunktes auf dem Neubau als Wahrzeichen für Wiesbaden vorgeschlagen. Der Standort soll in einer groß angelegten Bürgerbeteiligung ermittelt werden. Aus formalen Gründen – die Hessische Gemeindeordnung verbietet die direkte Initiierung eines Bürgerentscheides – wird die letzte Entscheidung beim Stadtparlament liegen. Für die SPD soll das Ergebnis der Bürgerbeteiligung bindend sein. Die Befragung besteht aus zwei kombinierten Bausteinen: In

einer Bürgerbefragung können alle Wiesbadener ihre Meinung in einem Fragebogen kund tun. Gleichzeitig wird dieser Fragebogen mehr als 1500 zufällig ausgewählten Wiesbadenern in einer Meinungsumfrage vorgelegt werden. Die Bürgerbefragungen werden sich zunächst nur mit der Frage der Standortbestimmung

befassen. Die architektonischen Details werden anschließend in einem Architektenwettbewerb ermittelt. Auch die weiteren Planungsphasen sollen nach den Vorstellungen der SPD von einer breiten Bürgerbeteiligung begleitet werden, damit die neue Halle zu einem Wahrzeichen wird, an dem die Wiesbadener mitgestaltet haben.

Parteitag: Der Unterbezirk Wiesbaden veranstaltet am Freitag und Samstag, 16./17. März, seinen Unterbezirksparteitag im Bürgerhaus Kastel, Zehnthofstraße 41.

Los geht es am Freitag um 17.30 Uhr und am Samstag um 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandswahlen und die Diskussion über die Rhein-Main-Hallen.

Neu an der Spitze

Sven Gerich führt seit September die SPD-Rathausfraktion

Nachdem die Koalition im vergangenen Sommer ihre Arbeit aufgenommen hat und der bisherige Fraktionsvorsitzende Axel Imholz als Sozialdezernent in die Stadtregierung gewechselt ist, brauchten die 23 SPD-Stadtverordneten einen neuen Fraktionsvorstand. Einstimmig wählten sie den heute 37 Jahre alten Sven Gerich zum neuen Fraktionsvorsitzenden. Gerich war zuvor schon Parlamentarischer Geschäftsführer. Er ist seit dem Jahr 2006 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung und war dort im Revisions- und im Sportausschuss aktiv. Der gelernte Schreiner leitet gemein-

sam mit seinem Vater die alteingesessene Druckerei Gerich in Biebrich. Dies erklärt auch, warum der im Künstlerviertel wohnende Lokalpolitiker im Ortsverein Biebrich der SPD aktiv ist. „Biebrich ist meine Heimat, da bin ich aufgewachsen“, so Gerich. Zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Vera Gretz-Roth (65) und Christoph Manjura (29) gewählt. Dennis Volk-Borowski (33) wurde im September zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion gewählt. Er ist seit dem Jahr 2006 Stadtverordneter, ist im Ortsverein Südost aktiv und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im hessischen Landtag. Für die Rathausfraktion sitzt er in den Ausschüssen Planung, Bau, Verkehr und Umwelt.



Der neue Fraktionsvorstand (von links): Dennis Volk-Borowski, Dr. Vera Gretz-Roth, Sven Gerich und Christoph Manjura.

Christoph Manjura ist neu im Vorstand. Er ist zudem sozialpolitischer Sprecher der Fraktion. Der Student (Politik, Soziologie und Publizistik) engagiert sich im Ortsverein Biebrich. Dr. Vera Gretz-Roth ist die planungspolitische Sprecherin der Fraktion. Sie ist seit dem

Jahr 2006 Stadtverordnete und ist zudem seit vielen Jahren im Ortsverein und im Ortsbeirat Rheingauviertel/Hollerborn aktiv. Die akribisch arbeitende Stadtverordnete will „das Fachwissen der Fraktion bei den Themen Finanzen und Stadtentwicklung verstärken“.

Der direkte Draht zur SPD-Fraktion:
0611/313337

Über Politik plaudern

Bürgersprechstunde

Die SPD-Fraktion setzt ihre Bürgersprechstunde am Markt gegenüber dem Rathaus weiter fort. „Wir stehen den Bürgern weiter als Ansprechpartner an jedem ersten Samstag im Monat von 11 bis 13 Uhr zur Verfügung“, sagt SPD-Fraktionsvorsitzender Sven Gerich. Ziel der Bürgersprechstunde sei es, nicht nur von bürgernahe Politik zu reden, sondern sie auch „da, wo der Schuh drückt“ zu praktizieren.

Impressum

„Rathaus-Seiten“:
Zeitung der SPD-Fraktion im
Wiesbadener Rathaus.

Herausgeber:
SPD-Fraktion Wiesbaden,
Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden

Verantwortlich: Sven Gerich
(Fraktionsvorsitzender)

Redaktion:
Ralf Munser, Thomas Schreier,
Marcus Giebel, Marc Kneiper

Bildmaterial: SPD-Fraktion, HSK,
©BeTa-Artwork/Fotolia.com,
M. Kneiper

Gestaltung:
Stefan Dorzok, 2+ Design,
Wiesbaden

Satz:
Ralf Munser

Druck:
Druckerei Zeidler, Mainz-Kastel

Auflage: 41.000

Print kompensiert
Id-Nr. 1217333
www.bvdm-online.de

Sie haben Fragen zur Politik
in Wiesbaden?

Sie wollen uns mitteilen,
was Ihnen wichtig ist?

Sie wollen uns Ihre Meinung
sagen?

Dann erreichen Sie die SPD-
Fraktion im Rathaus unter:

Telefon: 06 11 / 31 33 37

Telefax: 06 11 / 31 59 20

E-Mail: spd.stadtverordnetenfraktion
@wiesbaden.de

Internet: www.spd-fraktion-
wiesbaden.de

Wir sind auch persönlich für Sie da:
Unsere Geschäftsstelle befindet
sich im Rathaus, 3. Stock,
Raum 320 – schauen Sie doch
einfach mal herein!



Im Internet...

... ist die SPD-Fraktion unter folgender Adresse zu erreichen:
www.spd-fraktion-wiesbaden.de